

Redaktionelle Anmerkung

Die Dokumentation gibt die Referate und Diskussionsbeiträge dieser deutsch-polnischen Konferenz wieder.

Den Texten liegen Tonbandabschriften sowie Redemanuskripte zugrunde.

Die Redaktion

Jürgen Girgensohn

NORDRHEIN-WESTFALEN UND DIE UMSETZUNG DER DEUTSCH-
POLNISCHEN SCHULBUCHEMPFEHLUNGEN

Ein Kultusminister, der bald elf Jahre im Amt ist, darf gelegentlich auf seine Amtszeit zurückblicken, auch wenn er noch nicht amtsmüde ist. Das Thema "Deutsch-polnische Verständigung", um das es heute geht, zwingt mich geradezu zu diesem Rückblick.

Ich habe 1970 mein Amt auch mit dem Ziel angetreten, einen entschiedenen bildungspolitischen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten.

1970 wußte ich so gut wie heute, welche verhängnisvolle Rolle die Schule gerade beim Aufbau von Feindbildern gespielt hatte. Diesen Spieß galt es umzukehren. Schule mußte die Aufgabe erhalten. Feindbilder und ihre manipulative Funktion sichtbar zu machen und sie dadurch zu unterlaufen. Schule sollte dazu befähigen, sich in Andersartigkeit einfühlen zu können; sie sollte dazu beitragen, Fremdes nicht mehr als bedrohlich zu empfinden, sondern Fremden gegenüber offen zu sein. Solche Forderungen sind aber leichter aufgestellt als erfüllt. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen über Autorität und Vorurteil wissen wir: Schulisches Binnenklima, Unterrichtsstil, die Art und Weise des Umgangs miteinander und das Klima innerhalb der Familie sind von ausserordentlicher Bedeutung für die Ausbildung von Aggressivität. Je demokratischer diese Strukturen sind, um so weniger Aggressionspotential kann sich entwickeln. In dieser Hinsicht hat sich sowohl Schule als auch Familie in den letzten Jahren zum Positiven gewandelt. Doch Aggressionsbereitschaft ist nur die eine Seite der unrühmlichen Medaille: Die andere Seite, das sind die Mechanismen des Ethnozentrismus, die Mechanismen gesellschaftlicher Abwertung und scheinmoralischer Diskriminierung, die aus allem Fremden Minderwertiges machen wollen.

Das ist die Legion der gesellschaftlichen und geschichtlichen Mythen, der Klischees, der Stereotypen, der Dämonisierungen, der Verdächtigungen und Projektionen. Wer sich heute mit der Integration von Ausländern befasst, hat dieses Dickicht der Vorurteile täglich vor Augen. Er hat ständig genau das vor sich, was das Verhältnis ganzer Völker zueinander gewissermaßen unsichtbar belastet und mit tödlicher Gefahr betrachtet.

Bereits nach dem ersten Weltkrieg machten Wissenschaftler darauf aufmerksam, daß die 1914 zutage getretene Kriegsbereitschaft großer Bevölkerungskreise - auch im Ausland - nicht zuletzt ein Erziehungsergebnis der Schule war. Sie belegten es mit überzeugenden und erschreckenden Beispielen aus der Literatur und aus Schulbüchern. Zu einer großangelegten Gegenbewegung gegen diese Gefahr kam es jedoch erst nach dem zweiten Weltkrieg. Sie ging in entscheidender Weise von Deutschland aus und war das Werk eines Mannes: Georg Eckert.

Als ich Kultusminister wurde, hatte Georg Eckert sein Werk der Schulbuch-Verständigung mit den westlichen Ländern Europas - auch mit dem "Erzfeind" Frankreich - weitgehend abgeschlossen.

1971 suchte ich den Kontakt mit ihm und erfuhr, daß er dringend an einer Zusammenarbeit mit mir und meinem Hause interessiert war. Denn trotz seines schon damals vielbewunderten Erfolges war er selbst mit der Wirkung seiner Arbeit keineswegs zufrieden. Er benötigte dringend eine stärkere Unterstützung seiner wissenschaftlichen Arbeit durch die offiziellen Kultusverwaltungen. Als ich dies erfuhr, wurde gerade für Nordrhein-Westfalen die Umstellung des Schulbuch-Prüfverfahrens vom Einzelprüfverfahren auf Kommissionsprüfverfahren geplant. Begonnen werden sollte - wen wird dies überraschen - mit dem Bereich der politischen Bildung, der die Fächer Geschichte, Politik, Sozialwissenschaften und Erdkunde umfasst. Dadurch bot sich die Chance einer wirksamen Zusammenarbeit: Im Frühjahr 1972 wurde die

Landesschulbuch-Kommission "Politische Bildung" offiziell von mir eingesetzt; ihr Gründungsvorsitzender hieß Georg Eckert.

Bei gemeinsamen Reisen mit Georg Eckert lernte ich seine Sorgen genau kennen. Im Vordergrund standen dabei die gerade angelaufenen Deutsch-polnischen Schulbuch-Gespräche.

Auf seine Bitte hin veröffentlichte ich bereits 1972 die damals gerade verabschiedeten Teile der Deutsch-polnischen Empfehlungen im nichtamtliche Teil des Amtsblattes.

Er brauchte dieses Signal staatlicher Anerkennung seiner Arbeit gegenüber seinen polnischen Partnern. Dort waren Zweifel aufgekomen, ob die deutsche Delegation auch genügend offiziellen Rückhalt habe. Dieses Geschehen macht deutlich, daß Schulbuch-Verständigung mit östlichen Nachbarländern ihre eigenen spezifischen Schwierigkeiten hat. Während Schulbuchgespräche mit westlichen Ländern von beiden Seiten durch frei Wissenschaftlergruppen betrieben werden, ist bei Delegationen aus östlichen Ländern wegen der engen gesellschaftlich-staatlichen Verflechtung stets auch der Staat direkt im Spiel. Der Status der Delegation ist dadurch nicht völlig gleich. Dieses Ungleichgewicht wird dadurch, daß die Kulturhoheit in der Bundesrepublik bei den Ländern liegt, noch verstärkt. Entsprechend unterschiedlich reagierten die Bundesländer auf die Verhandlungsergebnisse, wie sie wissen.

Als 1976 das Deutsch-polnische Kulturabkommen vereinbart wurde, versuchte die polnische Seite, die Schulbuch-Empfehlungen auf die gesamtstaatliche Ebene der Bundesrepublik zu bringen. Dies war jedoch nur in Form einer sogenannten Bemühensklausel möglich. Diese Klausel verpflichtet die Bundesregierung lediglich, auf die Umsetzung der Empfehlungen in den Ländern hinzuwirken. Beiden Seiten war damals klar, daß diese Klausel angesichts unserer Verfassungslage in der Bundesrepublik nur den guten Willen der Bundesregierung zeigen konnte.

An rechtlichen Gegebenheiten läßt sich nichts ändern. Worauf es aber ankommt, das sind nicht die rechtlichen Gegebenheiten

selbst. Es kommt darauf an, ob man sich ausschließlich auf rechtliche Positionen beruft und dahinter zurückzieht oder ob man sich auch der moralischen Verantwortung stellt. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat es stets abgelehnt, sich hinter dem Einwand zu verstecken, sie sei nicht Verhandlungspartner bei den Schulbuchgesprächen gewesen und nur die Länder seien für derartige Empfehlungen zuständig.

Für unser Bundesland sind die Empfehlungen eine hochrangige verständigungspolitische Leitlinie, gegenüber der wir uns rechtfertigungspflichtig fühlen.

Es ist sicher richtig: Empfehlungen von Wissenschaftlern können nicht im nachhinein als völkerrechtliche Vertragstexte eingestuft werden. Aber dies alles rechtfertigt keineswegs die Selbstgerechtigkeit, mit der ganze Gruppen unserer Gesellschaft, bzw. ganze Bundesländer sich dreißig Jahre nach Kriegsende dem selbstkritischen Dialog entziehen.

Im Einzelfall sind Abweichungen von den Deutsch-polnischen Schulbuch-Empfehlungen vorstellbar, Abweichungen, die durchaus sinnvoll oder tolerabel erscheinen.

Aber dies muß überzeugend vertreten werden können. Es muß ausserdem mit dem Geist der Völkerverständigung sowie mit dem Geist des Deutsch-polnischen Kulturabkommens in Einklang gebracht werden können.

Die Landesschulbuch-Kommission "Politische Bildung" ist von mir gebeten worden, in allen Fällen, in denen sie Abweichungen von den Empfehlungen feststellt, darüber zu berichten, auch wenn sie vorschlägt, diese Abweichung zu tolerieren. In solchen Fällen behalte ich mir die Entscheidung vor. Mir ist allerdings noch kein solcher Fall vorgetragen worden. Soviel zur formalen Einstufung der Empfehlung in Nordrhein-Westfalen.

Nun zum Inhalt: Zwei Punkte sind es, die seit Jahren von uner-müdlichen Kritikern stets als Beleg für inhaltliche Unzuläng-lichkeit herausgegriffen werden: das Aussparen der Polnisch-russischen Beziehungen, einschließlich des Ribbentrop-Molotow-Paktes, sowie die Verwendung des Wortes "Transfer" dort, wo wir

in der Regel von "Vertreibung" sprechen. Es wird unterstellt, der eine Punkt sei eine Sprachregelung, daß die Verwendung des zutreffenden Wortes Vertreibung verbiete, und der andere solle eine Unterdrückung von historischen Fakten vorschreiben.

Ich interpretiere die Empfehlungen nicht so: selbstverständlich kann man Vertreibung weiterhin Vertreibung nennen. Auch in allen deutschen Geschichtsbüchern wird weiterhin der Ribbentrop-Molotow-Pakt mit dem Zusatzabkommen dargestellt; andere Geschichtswerke haben wir nicht; dies ist auch noch nie von polnischer Seite beanstandet worden.

Der Grund für das polemische Hervorheben der erwähnten Einzelstellen in den Empfehlungen durch immer wieder dieselben Kreise liegt auf der Hand: man möchte belegen, wie groß in Polen die Rücksichtnahme auf den östlichen Nachbarn ist.

In der Tat ist die Beteiligung Stalins an der letzten polnischen Teilung eines der großen Tabus der Sowjetunion. Wer die diesbezügliche Geschichtsbeschreibung der Sowjetunion kennt, ist über das sorgfältige Aussparen dieser Thematik aus den Deutsch-polnischen Empfehlungen nicht überrascht. Eine Überraschung wäre es gewesen, wenn diese Punkte nicht ausgespart worden wären.

Lassen sie mich hierzu dreierlei feststellen:

1. Die Empfehlungen sind keine kontinuierliche Geschichtsbeschreibung. Sie wollen keine Geschichte der Deutsch-polnischen Beziehungen sein. Sie sind daher von ihrem Anspruch her auch dann verwendbar und wissenschaftlich seriös, wenn sie bestimmte Zusammenhänge überspringen.

Anders wäre es, wenn sie irreführende Darstellungen brächten. Aber davon kann hier keine Rede sein; denn die Auslassungen stellen für die Fachwelt, zum Beispiel die Schulbuch-Autoren, keinerlei Probleme dar.

2. Völkerverständigung ist eine so wichtige Sache, daß man sie auch dann betreiben muß, wenn bestimmte Fragen nicht behandelt werden können. Wer den relativen Fortschritt der Verständi-

gung nicht achtet, muß sich fragen lassen, ob er das Ziel überhaupt will.

3. Gerade wir Deutschen sollten uns verbieten, die Rücksichtnahme der polnischen Seite auf die Sowjetunion zu schelten. Sie kennen alle die Szene aus Heinrich Manns "Der Untertan", in der ein deutscher Leutnant es unter Hinweis auf die Ehre seines Regimentes ablehnt, ein nicht mehr unberührtes Mädchen zur Frau zu nehmen, eben jenes Mädchen, mit dem er selbst ein Verhältnis hatte. An diese Szene werde ich erinnert, wenn ich die selbstgefällige Entrüstung über die Auslassungen höre, das schneidige Appellieren an Wissenschaftlichkeit und Wahrheit. Meine Damen und Herren, hier wird einiges verdrängt: hier wird verdrängt, daß im deutschen Namen die Katastrophe in Europa ausgelöst worden ist, an deren Ende die heutigen Machtverhältnisse in Europa entstanden sind, speziell die Machtverhältnisse, die von Polen heute beachtet werden müssen. Mit anderen Worten: das Nicht-Erwähnen des Hitler-Stalin-Paktes muß auch begriffen werden als eine der späten Folgen eben dieses Paktes, für den wir eine schwere historische Mitverantwortung tragen. Dies zu verkennen und aus dem sicheren Hort des Westens nach Wahrheit zu rufen, erscheint mir - zumindest für Deutsche - nicht angebracht. Ausserdem verfehlt eine solche Haltung genau das, worauf es bei einer Verständigung ankommt: das Verstehen des anderen.

Demnächst sollen auch deutsch-sowjetische Schulbuchgespräche anlaufen. Das ist dann der richtige Ort, um über die letzte polnische Teilung zu reden.

Soweit die drei Punkte!

Ein Wort noch zu den "Alternativ-Empfehlungen": Eine freie wissenschaftliche Diskussion muß sein, auch bei Schulbuch-Empfehlungen. Daher ist auch gegen Alternativ-Texte nichts Grundsätzliches einzuwenden. Aber gleichrangig können Alternativtexte allenfalls nur dann werden, wenn auch sie einer internationalen Verständigungsarbeit entspringen und wissenschaftlich seriös sind.

Gelegentlich bin ich aufgefordert worden, den Alternativ-Empfehlungen zu den deutsch-polnischen Empfehlungen einen gleichhohen

Status zu geben, obwohl sie lediglich von einer deutschen Arbeitsgruppe verfasst worden sind.

Diese Forderung hat mich stets befremdet. Diejenigen, die diese Forderung unterstützen, scheinen nicht zu wissen, was internationale Verständigung wesentlich ausmacht.

Meine Damen und Herren, die entschiedene Position des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Frage spiegelt sich auch in einer Reihe von Entscheidungen, die zum Umfeld der Schulbuch-Empfehlungen gehören:

da ist zunächst an die Ostkunde-Erlasse aus den fünfziger Jahren zu erinnern, die auf eine entsprechende Empfehlung der Kultusminister-Konferenz zurückgingen und - das kann man wirklich nicht bestreiten - den Geist des kalten Krieges atmeten. Diese Erlasse wurden mit einem Erlass vom 15. November 1977 über die "Erziehung zur Völkerverständigung" in unserem Lande ausser Kraft gesetzt.

Ich bedauere sehr, daß nach meinen Informationen Nordrhein-Westfalen offenbar immer noch das einzige Bundesland ist, das diese Konsequenz bisher gezogen hat. Zwar sind die alten Ostkunde-Regelungen auch in den meisten anderen Ländern in Vergessenheit geraten, doch wäre ein formeller Schlußstrich wohl angebracht.

Ein nächstes Thema ist mit dem Stichwort "Die deutsche Frage im Unterricht" gegeben, ein Problemzusammenhang, der das deutsch-polnische Verhältnis zentral berührt. Zu diesem Thema wurde 1978 von der Kultusminister-Konferenz ein Beschluß gefasst, der sowohl Zustimmung wie auch erhebliche Kritik erfuhr. Die Vorlage zu diesem Beschluß war im Senat von Berlin entworfen worden. Nach langem Zögern und nach vielen Formulierungsänderungen stimmte auch ich dem Papier zu, obwohl mir dabei alles andere als wohl war.

Ich stimmte der Empfehlung zu, um einen gewissen Minimalkonsens der Länder in dieser Frage nicht zu verhindern. Ich entschied aber zugleich, für unser Bundesland einen Erlass zu dieser Empfehlung herauszugeben, der inhaltlich ausgreifter sein und jene

Formulierungen vermeiden sollte, die mir noch immer problematisch erschienen. Diesen Erlass gab ich bereits 1978 in Auftrag. Die brisante Materie und die vielfältigen offiziellen und internen Beratungen haben dazu geführt, daß er erst am 30. Januar unterschrieben werden konnte.

Der Erlass verfolgt eine Zielsetzung, die im wesentlichen an die KMK-Empfehlung anknüpft. Der andere Aufbau, der andere Sprachduktus, die vielen unauffälligen Unterschiede im Detail, sowie erhebliche Kürzungen und einige ins Auge springende Neuheiten summieren sich aber zu einer Alternative, die einer vergleichenden Lektüre wert sein dürfte.

Während der Text der KMK-Empfehlung noch stärker angegriffen wurde, als ich dies befürchtet hatte - auch von polnischer Seite kam Kritik in einer gewöhnlichen Schärfe - wurde unser Umsetzungserlass vom 30. Januar 1981 erstaunlich gut aufgenommen. Dabei muß ich fairerweise darauf hinweisen, daß wir in Ruhe die öffentliche Diskussion der KMK-Empfehlung auswerten und berücksichtigen konnten.

An unserem Erlass wurde im wesentlichen nur eine einzige Passage kritisiert. Es handelt sich um zwei Schlußsätze eines Abschnitts über die Rechtslage in Mitteleuropa, die durch den Ausgang des zweiten Weltkrieges und die Ostverträge unter Berücksichtigung des Grundgesetzes entstanden ist.

Im Anschluß an die Darstellung der Rechtslage folgen die zwei Sätze:

"Die Darstellung der Rechtslage muß jedoch sorgfältig von der Darstellung politischer Zielsetzungen unterschieden werden: In diesem Zusammenhang halte ich daher den Hinweis für wichtig, daß weder die Regierung der Bundesrepublik Deutschland noch die vier Mächte die Absicht haben, die polnische Westgrenze in Richtung des Grenzverlaufs von 1937 zu revidieren."

Dieser politische Schluß hat eine ganz wichtige Funktion: er soll dem Gedanken begegnen, daß die Darstellung der Rechtsposition einen Rückgewinnungsanspruch darstelle und daher eine

politische Rückgewinnungsabsicht nahelege. Ich kann jedenfalls die polnische Seite verstehen, wenn sie mit jeder Darstellung dieser deutschen Rechtsposition fürchtet, dadurch würde - vielleicht auf längere Sicht - die Integrität des heutigen polnischen Staatsgebietes in Zweifel gezogen. Daher erschien es mir unerlässlich, die Darstellung der Rechtslage durch politische Hinweise zu ergänzen, damit die Rechtslage nicht für sich genommen als politische Programmatik verstanden werden kann.

Ich finde es einerseits traurig, daß diese zwei Sätze immer wieder angegriffen werden. Andererseits ist es aber beruhigend, daß nur kleine Gruppierungen hinter einer solchen Kritik stehen. Lassen Sie mich hierzu deutlich sagen:

Angesichts der deutsch-polnischen Geschichte, angesichts der polnischen Teilungen unter nicht unbeträchtlicher deutscher Mitwirkung, angesichts der jüngsten Geschichte, in der in deutschem Namen aus Polen die Stätte des Holocaust gemacht wurde, kann es heute keinen größeren Verstoß gegen den Geist der Verständigung geben, als den, Polen erneut um seine Grenzen bangen zu lassen. Gegenüber dieser Frage wird alles andere sekundär, Ravanchismus - ja oder nein - das ist hier die Frage.

Die politische Gretchenfrage, meine Damen und Herren, stellt sich mit der Frage nach der politischen Bedeutung der Grenze von 1937: Markiert sie einen Rechtsvorbehalt, oder markiert sie einen - zur Zeit nur theoretischen - Anspruch?

Die Gretchenfrage spielt naturgemäß in den Regelungen zur Atlantengestaltung eine noch zentralere Rolle als in einer Erlassregelung zur deutschen Frage. Diesem Thema möchte ich mich nun zuwenden.

Hier muß ich allerdings etwas ausholen: Bis zum Beginn der siebziger Jahre gab es Bezeichnungsrichtlinien der Bundesregierung, an die sich die Kartographischen Verlage gehalten haben.

Diese Richtlinien wurden durch die neue Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition völlig überholt. Die Bundesregierung hat

daraufhin aber keine Neufassung der Richtlinien vorgenommen, sondern die alten Richtlinien ersatzlos aufgehoben und erklärt, daß neue Richtlinien nicht erlassen würden.

Das so entstandene Vakuum haben die vier Verlage, die Schulatlanten anbieten, durch interne Absprachen ausgefüllt. Sie folgten der neuen Ostpolitik auf einer mittleren bis vorsichtigen Linie; immerhin wurde die Grenze von 1937 nicht mehr auf allen Karten gebracht und die Oder-Neisse erstmalig als reguläre Staatsgrenze signiert.

Diese Praxis wurde vorübergehend von allen Bundesländern hingenommen. Ab etwa 1973 begannen aber drei Bundesländer, Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, jedes Fehlen der bekannten "Perlenkette" auf bestimmten Karten zu monieren. Dabei steigerte man sich nach und nach zu grotesken Forderungen. Es soll sogar auf Weltkarten, auf denen Mitteleuropa bekanntlich winzig erscheint, mit der Lupe nach den Pünktchen gesucht worden sein, die den alten Grenzverlauf andeuten sollten.

Nachdem diese Praxis unter den übrigen Ländern bekanntgeworden war, wurde die Frage der Grenzdarstellung auf die Tagesordnung der KMK-Gremien gebracht. Die Verhandlungen zogen sich jahrelang hin und scheiterten immer wieder. Schliesslich wurde sogar die Ministerpräsidenten-Konferenz mit dieser Frage befasst - auch ohne Erfolg. Inzwischen waren aber alle Atlanten gemäß den Maximalwünschen der drei in dieser Frage harten Länder gestaltet worden. Die berücksichtigte "Perlenkette" erschien - je nach Umfang des Kartenwerkes - auf bis zu fünfzig Karten. Für uns stellte sich damit die Frage, ob wir uns dem Zustand passiv unterwerfen sollten oder nicht. Neue Verhandlungen in der KMK erschienen jedenfalls hoffnungslos. Die Frage der Grenzdarstellung war zum ostpolitischen Kampfthema geworden. In dieser Situation entschloß ich mich zu einer Kabinettsvorlage, die auf einen Alleingang Nordrhein-Westfalens hinauslief. Nach Zustimmung des Kabinetts - damals noch unter Ministerpräsident Kühn - konnte ich den bekannten Erlass an die Schulbuch-Verlage vom 22. Dezember 1977 über die Darstellung der Grenzen herausgeben.

Dieser Erlass sah vor, daß die Grenzen des Deutschen Reiches nur noch auf einer bestimmten Karte darzustellen seien, und zwar auf einer speziellen Karte für die Behandlung der deutschen Frage. Dies war nach Ansicht der Juristen der Landesregierung das rechtlich gebotene Minimum einer Darstellung der Grenzen von 1937 in nichthistorischen Atlanten.

Unsere Regelung erregte natürlich viele Gemüter. Zunächst schien es sogar als stünden wir mit unserer Auffassung allein. Es dauerte Jahre, bis sich wenigstens die sozial-liberal regierten Bundesländer restlos unserer Vorstellung anschlossen.

Der Druck, der von unserer Erlassregelung ausging, war zunächst überraschend gering. Die Verlage erklärten einmütig, eine Spaltung des Atlantenmarktes zugunsten eines Landes käme schon aus Kostengründen nicht in Betracht.

Erst als andere Länder sich uns anschlossen und wir ankündigten, die geforderten Atlanten notfalls durch Druckaufträge an Aussen-seiter auf dem Markt zu beschaffen, wurde der Ernst der Lage deutlich. Der entstandene Druck führte allerdings nicht dazu, daß der von uns geforderte Atlas in die Herstellungsplanung genommen wurde. Er führte vielmehr zu einer vielfältigen politischen Aktivität der Verlage in den drei Bundestagsparteien und bei vielen Regierungsstellen auf Länder- und auf Bundesebene. Diese Aktivität war ausschließlich darauf gerichtet, die Spaltung des Atlantenmarktes zu verhindern und die Länder erneut an den Verhandlungstisch zu bringen. Die genannten Aktivitäten wurden durch einen Kompromissvorschlag des Verbandes der Schulbuch-Verlage, versehen mit bemerkenswerten Rechtsgutachten, unterstützt. Diese Kampagne hat dann auch in allen politischen Lagern Eindruck gemacht.

Meine Damen und Herren, die verschlungenen Pfade der zumeist hinter den Kulissen geführten Diskussionen und Schachzüge möchte ich hier nicht darstellen, sondern nur summarisch als Ergebnis feststellen:

1. In allen Lagern entwickelte sich die Überzeugung, daß noch einmal mit aller Kraft eine Einigung versucht werden müße.
2. Aus Kreisen der CDU kamen Signale, daß vor der Bundestagswahl 1980 Verhandlungen zwecklos seien. Das hieß zugleich, daß nach der Wahl eine neue Verhandlungsrunde gewisse Chancen hatte.

In Verhandlungen treten die Beteiligten mit unterschiedlichen Ausgangsüberlegungen und Motiven ein. Eine für mich entscheidende Ausgangsüberlegung, die von erheblicher Bedeutung für den späteren Kompromiss war, möchte ich hier darstellen: sie geht aus von vielen Gesprächen und Kontakten mit offiziellen und inoffiziellen polnischen Partnern in den Jahren 1978 bis 1980. In diesen Jahren konnten wir bereits auf allen deutsch-polnischen Problemgebieten im Bildungsbereich Regelungen vorweisen, die ein Maximum verständigungspolitischen Bemühens zeigten. Die Einzelheiten habe ich eben dargestellt. Von polnischer Seite aus war dies alles genau verfolgt worden; sehr sorgfältig hatte man auch die erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern registriert. Dennoch schien die polnische Seite von den Entwicklungen in unserem Lande nur wenig beeindruckt zu sein. In ihren offiziösen Äusserungen bewertete sie mit Vorrang das Verhalten der Bundesrepublik und der Bundesländer in ihrer Gesamtheit, obwohl den polnischen Experten die verfassungsgemäße Kulturhoheit der Länder völlig geläufig war. Fortschritte in den einzelnen Ländern wurden zwar durchaus begrüßt. Es war aber zu erkennen, daß sie vorrangig als Schrittmacher, als gutes Beispiel begrüßt wurden, kaum als substantielle Veränderung. Substantielle Veränderungen sah man offensichtlich erst in Entwicklungen, die alle Bundesländer erfassten.

Meine Damen und Herren, auch ich habe einige Zeit gebraucht, um den Zusammenhang richtig zu deuten: inzwischen ist mir klar, daß angesichts der deutsch-polnischen Geschichte es aus polnischer Sicht niemals als seriös empfunden werden kann, wenn man sich auf die föderative Struktur der Bundesrepublik beruft.

Man sieht zwar die rechtlichen Gegebenheiten, hält es jedoch für eine Flucht vor der Verantwortung, wenn diese Gegebenheiten sich als Hemmnisse der Verständigung auswirken können. Mit anderen Worten: aus polnischer Sicht ist die deutsche Seite letztlich eine Einheit. Eine Verständigung mit Teilen macht die Verständigungslosigkeit mit den übrigen Teilen erst voll sichtbar und hat damit wenig Bedeutung.

Meine Damen und Herren, dies ist eine politisch-moralische Realität. Diese Realität stand mir vor Augen, als ich ende 1980 in die neuen Verhandlungen über einen Kompromiss in der Frage der Grenzdarstellungen in Mitteleuropa eintrat: einen erheblichen gemeinsamen Fortschritt aller Länder zu erzielen, mußte daher das primäre Ziel sein. Es lag auf der Hand, daß dieser gemeinsame Fortschritt nur unter Verzicht auf einige der mit dem Erlass vom 22. Dezember 1977 formulierten Zielvorstellungen möglich sein konnte.

Der Kompromiss vom 12. Februar 1981 liegt in der entscheidenden Frage erheblich näher bei den Zielvorstellungen der A-Länder als beim Ausgangspunkt der B-Länder. Während unsere Vorstellung dahin ging, die Grenze von 1937 auf nur einer Karte darzustellen, sollte sie nach Ansicht der drei harten B-Länder auf jeder Karte eingetragen werden, die auch die neue polnische Westgrenze zeigt. Das ergibt - je nach Zahl der Karten - 30 bis 50 "Perlenketten" pro Atlas.

Der Kompromiss vom 12. Februar läuft jetzt etwa auf fünf bis sieben "Perlenketten" pro Atlas hinaus.

Meiner Meinung nach ist dies ein relativ günstiges Ergebnis. Noch besser steht es da, wenn man sich die heutige Atlantenwirklichkeit ansieht. Die Atlanten entsprechen heute alle noch den bisherigen Maximalvorstellungen der drei vorhin genannten B-Länder. Daraus folgt: der Kompromiss ist im Verhältnis zur heutigen Atlantenwirklichkeit überhaupt kein Kompromiss, sondern ein klarer Fortschritt: keine zusätzliche "Perlenkette" ist danach neu aufzunehmen. Statt dessen sind über 80 Prozent dieser Signaturen zu tilgen.

Weiter wurde erreicht:

1. Das Prinzip, auf jeder Karte, auf der die Oder-Neisse-Grenze gezeigt wird, auch die "Perlenkette" einzuzeichnen, gibt es nicht mehr.
2. Die Volksrepublik Polen wird in der Regelung über die Schreibweise von Städtenamen in ihren jetzigen Grenzen als Ausland behandelt.
3. Die Bezeichnung "Deutschland" wird jetzt nur für das Gebiet der DDR und der Bundesrepublik vorgesehen. Falls das Gebiet einschließlich der ehemaligen deutschen Ostgebiete zu bezeichnen ist, wird die historisch zutreffende Bezeichnung "Deutsches Reich" verwendet. Im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsziel des Grundgesetzes ist dies eine wichtige Abgrenzung.
4. Nur für die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik wird eine besondere Signatur vorgesehen. Daraus folgt, daß die Westgrenze Polens als reguläre Staatsgrenze darzustellen ist. Auch dies war bislang alles andere als selbstverständlich.

Wer die Vereinbarung als Reaktionär gescholten hat, scheint über die bisherige Gestaltung der Atlanten nicht informiert gewesen zu sein. Andererseits ist zuzugeben: Die Vereinbarung bleibt deutlich hinter berechtigten Forderungen zurück, und ich verstehe viele Enttäuschungen. Aber soll man auf die einzigartige Chance des Fortschritts deshalb verzichten, weil man einen weitergehenden Fortschritt wünscht, aber noch nicht erreichen kann?

Meine Damen und Herren, ich habe in einem Aufsatz mit dem Arbeitstitel "Fortschritt trotz und durch Kompromiss", der unter dem Titel "Die Perlenkette abgenommen" in der Frankfurter Rundschau erschienen ist, meine Argumente zum Grenzkompromiss dargelegt. Da ich weiß, daß viele von Ihnen diesen Aufsatz kennen, willt ich heute hier nur einige besonders wichtige Argumente mündlich

vertiefen und breiter ausführen, nicht aber die Argumentation insgesamt wiederholen. Exemplare dieses Aufsatzes stehen hier ausserdem zur Verfügung.

Abschließend bleibt über eine der wichtigsten Seiten jeder Verständigung zu berichten: das persönliche Kennenlernen von Land und Leuten. Erste Kontakte mit diesem Ziel wurden 1978 auf der Interschul Dortmund geknüpft. Seit 1979 war seitdem in jedem Jahr eine Lehrergruppe aus unserem Lande in Polen, vor wenigen Tagen kam die diesjährige Gruppe zurück. 1980 konnten wir eine polnische Delegation hier empfangen. Kummer macht mir, daß wir noch immer keinen Schüleraustausch vorweisen können. Vielleicht bietet sich am Rande dieser Tagung Gelegenheit, darüber noch einmal zu reden und damit weiterzukommen.

Meine Damen und ^Herren, die Linie der verständigungspolitischen Bemühungen, die ich Ihnen skizzieren durfte, ist eine konsequente und bruchlose. Sie zeigt Hemmnisse und Rückschläge auf, aber keine Wankelmut, keine faulen Kompromisse. Vor allem aber war sie erfolgreich. Zwar sind einige der Ziele noch nicht erreicht, aber sie sind erreichbar geworden.

Trotzdem bin ich nicht zufrieden. Unsere Bemühungen haben nicht verhindern können, daß die weltpolitischen Spannungen in den letzten Jahren zugenommen haben. Gewiss, das deutsch-polnische Verhältnis ist gut, und es wird noch besser werden. Daran habe ich keinen Zweifel. Dieses Verhältnis ist aber eingebettet in eine weltpolitische Gesamtlage, die Sorgen macht. Ich bin der festen Meinung, daß die global angelegte Erziehung zum Frieden erst am Anfang steht.

Der deutsch-polnische Dialog, ein Dialog über die Grenzen strategischer Blöcke hinweg, ist aber ein Beispiel dafür, daß eine solche Beziehung möglich ist. Dieser Dialog ist Impuls und Ermutigung zugleich.

DISKUSSIONSBEITRÄGE

von

Prof. Dr. WALTER FABIAN
Publizist, Köln

Prof. Dr. WALTER SPERLING
Universität Trier

MARIAN PODKOWINSKI
Redakteur der Zeitschrift "Perspektywy", Warschau

Prof. Dr. JOZEF BARBAG
Universität Warschau
Mitglied der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission

JÜRGEN GIRGENSOHN
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

WALTER FABIAN:

Meine Damen und Herren, lieber Herr Girgensohn, ich möchte einige Worte sagen zu dem Referat, das wir eben von Ihnen gehört haben. Ich möchte vorausschicken, daß ich den Freimut, mit dem Sie - wie es bei Ihnen ja die Regel ist - hier gesprochen haben, sehr begrüße und daß ich auch Ihre Anstrengung in dieser Sache absolut respektiere. Trotzdem bin ich der Meinung, daß das Ergebnis höchst unbefriedigend ist, und ich meine, daß das gerade in diesem Kreis auch deutlich ausgesprochen werden sollte, gerade auch von deutscher Seite.

Es scheint mir nicht entscheidend, ob das, was Sie eine "Perlenkette" nennen, auf fünf oder auf zehn, auf fünfzehn oder auf zwanzig Karten vorhanden ist. Entscheidend scheint mir, daß im Unterricht - natürlich dann von sehr vielen Lehrern - eben die Karten verwandt werden, in die diese punktierte Grenzlinie eingezeichnet ist, und insofern finde ich es bedauerlich, daß Sie sich auf einen solchen Kompromiß eingelassen haben. Ich möchte doch die Frage stellen, ob es für das weitaus größte und am dichtesten bevölkerte Land der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen wäre, eine eindeutigere Regelung zu treffen. Immerhin brauchen Sie ja sicher pro Jahr eine große Anzahl von Schulatlanten - ich weiß zwar nicht, wieviel, und auch nicht, ob es 50 000 oder 100 000 sind -, aber vielleicht hätte doch eine Möglichkeit bestanden, hier eine vorbildliche Lösung einzuführen, die dann unter Umständen doch von den Stadtstaaten Berlin und Bremen, vielleicht auch von Hessen und noch einem weiteren Bundesland übernommen worden wäre.

Ich habe - wenn ich das hier sagen darf - die Kulturpolitik der Weimarer Republik nur allzu deutlich in Erinnerung, und ich meine - und das habe ich schon sehr oft kritisch behandelt -, wir sollten in unserer Kulturpolitik entschiedener sein und weniger kompromißbereit!

Gewissermaßen als "Fußnote" möchte ich mein Bedauern darüber anmerken, daß für eine so ernste Sache, und es ist eine sehr ernste Sache, jetzt der von Ihnen, Herr Girgensohn, zwar nicht erfundene, aber doch hier verwandte, in meinen Augen recht läppische Ausdruck "Perlenkette"

eingeführt worden ist. Ich will das nicht vergleichen mit unserer Manie in Deutschland, immer noch von der "Reichskristallnacht" statt von der "Reichspogromnacht" zu sprechen, meine aber, daß solche Begriffe, die eine Sache verkleinern, sie verniedlichen, nicht in unserem Sprachgebrauch sein sollten. Sprechen Sie doch von einer "punktierten Grenzlinie", oder drücken Sie es noch anders aus, aber daß wir so tun, als handle es sich lediglich um eine kleine Verzierung auf einer Landkarte, das entspricht ja doch wohl nicht dem Unterrichtsgeist, wie wir ihn wollen, sondern mehr dem Ungeist, der immer noch in sehr vielen Schulen herrscht.

Ich will - nicht als versöhnenden Abschluß, aber trotz meiner Kritik - noch hinzufügen, daß ich wünschte, wir hätten in der Bundesrepublik mehr solcher Kultusminister wie Herrn Girgensohn, denn ich schätze seine Arbeit in vieler Beziehung sehr. Aber in dieser Frage muß ich sagen, daß auch in Deutschland viele Publizisten und Menschen wie ich, die seit vielen Jahren speziell an der deutsch-polnischen Verständigung mitarbeiten, doch enttäuscht sind von einer Kompromißlösung, die - wenn ich richtig unterrichtet bin - sehr stark unter Ihrem Einfluß zustande gekommen ist.

+

WALTER SPERLING:

Ich bin Geograph und fühle mich deshalb besonders angesprochen, zumal ich schon seit vielen Jahren an der Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission Anteil genommen und mitdiskutiert habe.

Ich war sehr beeindruckt von dem fundierten Referat von Herrn Girgensohn und sehe die Entwicklung doch in einem etwas positiveren Licht.

So scheint es mir sehr wichtig zu sein, daß sich im Jahre 1970 die Darstellung der Territorialfarben geändert hat. Bis 1970 hatten wir in den politischen Karten Mitteleuropas die ehemaligen deutschen Ostgebiete in einem helleren Ton als die Farbe Polens, das heißt in

Hellblau gegenüber einem dunkleren Blau. Seit 1970 haben wir in allen politischen Karten - und das ist sehr entscheidend - eine einheitliche Territorialfarbe für die Volksrepublik Polen in ihren heutigen Grenzen.

Einen psychologischen Gesichtspunkt möchte ich noch erwähnen: Das Schulkind sieht ja die politische Karte, bevor es vom Lehrer angeleitet wird, die Grenzen in natura in irgendeiner Weise zu interpretieren; also ist der Eindruck der Territorialfarben primär und entscheidend und prägt das Bild.

Zweitens wurde - und das ist hier noch nicht gesagt worden - von der Kultusministerkonferenz vorgeschlagen, diese Grenzlinie eben nicht als die Ostgrenze des Deutschen Reiches, sondern als die Grenze des Gebietes zu bezeichnen, das im Juli 1945 in die Viermächteverantwortung genommen wurde; daran hat sich ja nichts geändert. Diese Legende ist zwar etwas kompliziert, aber sie gibt einen zutreffenden Zustand wieder.

Drittens stimme ich mit Herrn Minister Girgensohn dahingehend überein, daß die Grenzlinie nur in eine Karte gehört, nämlich in die politisch-geographische Karte Europas oder Mitteleuropas oder auch Deutschlands, soweit sie so geschnitten ist, daß die Linie noch hineinfällt. Und hier müssen wir uns auch klarmachen, daß - jetzt kartographisch gesehen - Grenzsignaturen ganz eindeutig festgelegt sind durch eine bestimmte Linienführung oder Punkt-Strich-Zeichnung oder Ähnliches. Die hier diskutierte "Grenzlinie" weicht also völlig von allen anderen Grenzziehungen ab, so daß man gar nicht auf den Gedanken kommen könnte, es wäre eine Grenze; vielmehr ist es eine Bezeichnungslinie, die ein völkerrechtlich irgendwie für einen bestimmten Zustand und Zeitabschnitt relevantes Territorium kennzeichnet. Ich könnte noch einiges zu den Namen sagen, hebe mir das aber für später auf.

MARIAN PODKOWINSKI:

Ich bin weder Geograph noch Kartograph, sondern politischer Publizist und möchte deshalb an das anknüpfen, was Herr Kühn hier über seinen Aufenthalt in Warschau am 1. September 1959 so eindrucksvoll gesagt hat.

Ich habe das damals miterlebt, ich war dabei, und ich glaube mich zu erinnern, daß der Delegation aus der Bundesrepublik neben Ihnen, Herr Kühn, auch Herr Kopf und Herr Mommer angehörten. Mit Hermann Kopf habe ich dann für "Tribuna Ludu" ein Interview gemacht; Thema waren die 20 Jahre seit dem Überfall Hitlers auf Polen.

Ich betrachte das Auftreten der bundesdeutschen Delegation damals in Warschau als den Beginn der Erneuerung unserer politischen Beziehungen, denn seit 1959 wurde so etwas wie eine neue Linie entwickelt. Ich habe die Gespräche in Warschau noch sehr gut in Erinnerung, Herr Kühn, denn durch das, was Sie damals gesagt haben, ist mir und vielen anderen von uns klargeworden, daß es in der Bundesrepublik viele Menschen gab, die Polen gegenüber eine neue Politik wollten. Ich will das nicht mit der neuen Ostpolitik gleichsetzen, aber daß ein Neubeginn im deutsch-polnischen Verhältnis notwendig sei und auch von vielen Deutschen gewünscht werde - das zu sagen, haben Sie damals den Mut gehabt. Auch Herr Kopf, der ja Mitglied der CDU war, hat sich in dem Interview ähnlich geäußert, obwohl der damalige Bundeskanzler Adenauer in einer Erklärung aus dieser Zeit einige dazu sehr wenig passende Sätze gesagt hatte, wie etwa den, der Krieg sei von Hitler und Stalin angefangen worden. So etwas konnte man den Polen 1959 so wenig sagen, wie man es ihnen heute sagen kann.

Um es noch einmal zu wiederholen, Herr Kühn, Sie waren einer der ersten, die mit großem Mut den Neubeginn gewagt haben, und das war nicht einfach - damals im Jahre 1959. Und auch Herr Mommer, mit dem wir lange und ausführlich gesprochen haben, hat dazugehört - wie überhaupt die ganze sozialdemokratische Gruppe.

Weil sich damals - wie ich ganz sicher glaube - die neue politische Linie angebahnt hat und weil wir Sie, Herr Kühn, der Sie so entschei-

dend daran beteiligt gewesen sind, heute hier unter uns haben, wollte ich diese kurze Bemerkung machen - sozusagen als einer der Zeugen der damaligen Zeit.

+

JOZEF BARBAG:

Ich bin Geograph. Es tut mir leid, daß ich zu dem sehr interessanten Referat, das wir eben gehört haben, einige kritische Bemerkungen machen muß.

Meine Kritik bezieht sich auf die sogenannte "Perlenkette" - oder wie Sie sonst dazu sagen -, auf die punktierte Grenzlinie, die den Westgebieten Polens einen besonderen Charakter gibt. Diese punktierte Grenzlinie ist - und das möchte ich hier sehr nachdrücklich feststellen - in gar keiner Weise ein quantitatives Problem. Es handelt sich nicht darum, ob wir sie - wie hier schon gesagt worden ist - auf vier Karten oder auf vierzig Karten haben. Diese sogenannte "Perlenkette" ist ein sehr wichtiges politisches und erzieherisch-moralisches Problem!

Für uns ist die Staatsgrenze - und jede andere Grenze, die anders aussieht als andere politische Grenzen - ein Symbol der Souveränität, und deshalb ist diese "Perlenkette" nicht akzeptabel, auch wenn der "Neue Dirksen" sie nur auf vier Karten zeigt.

Für uns ist der sogenannte "Atlanten-Kompromiß" kein Kompromiß, sondern ein Regreß gegenüber diesem Beschluß, daß wenigstens einige Karten - wohlgemerkt keine historischen Karten - mit diesen Grenzen sich in allen Atlanten befinden müssen. Das ist ein Regreß, und zwar ein politischer Regreß, denn früher gab es verschiedene Atlanten und Karten, die überhaupt keine "Perlenkette" enthielten. Folglich ist es ein Regreß, und die Situation ist schlimmer, als sie es früher war.

Ich bin kein Jurist und möchte die Sache nicht von der juristischen

Seite her angehen; aber wir haben hier unter uns ja einen Juristen, der vielleicht später noch etwas dazu sagen könnte.

Ich möchte dieses Problem einmal vom pädagogischen Standpunkt her beleuchten. Ich kann mir keinen zwölf-, dreizehn- oder vierzehnjährigen Schüler hier in der Bundesrepublik vorstellen, dem man im Schulunterricht erklären könnte, daß Breslau zwar nicht im Ausland, aber dennoch in Polen liegt. So etwas kann man keinem Schüler erklären. Für ihn liegt Breslau entweder in Polen - und das ist Ausland -, oder es liegt eben nicht in Polen.

Hier sehe ich einen krassen Widerspruch zum Geist und zum Buchstaben des Vertrages vom Dezember 1970 und auch zu dem Urteil, das dazu ja vorliegt. Dieser Kompromiß, der - wie gesagt - kein Kompromiß, sondern ein Regreß ist, hat die Situation verschlechtert, anstatt sie zu verbessern, und das ist vom erzieherischen Standpunkt her nicht zu akzeptieren.

Für uns ist - und auch darauf habe ich schon hingewiesen - die kartographische Bezeichnung einer Grenze ein Symbol der Souveränität, und hier kann es überhaupt keine Kompromisse geben: entweder wir akzeptieren es, oder wir akzeptieren es nicht. Und dies können wir absolut nicht akzeptieren!

Wenn man von einer Normalisierung der Beziehungen sprechen will, so sollte es doch sein wie unter guten Nachbarn: Man kann vergessen, daß ein Großvater etwas Schlechtes über einen anderen Großvater gesagt hat. Ich habe hier die Geschichte des Deutschen Ordens im Auge, über die zwischen uns ja durchaus verschiedene Meinungen bestehen, ohne daß das in irgendeiner Weise gefährlich wäre. Aber wenn es sich um so prinzipielle Probleme handelt wie um die Souveränität des Staates, kann es keine Kompromisse geben.

Hier sehe ich - wie gesagt - einen krassen Widerspruch zum Geist und zum Buchstaben des Vertrages von 1970 und darüber hinaus eine Gefahr, die man bekämpfen muß.

Natürlich sind wir hier keine kompetente Gruppe, um das zu tun. Aber

nichtsdestoweniger sind auch "Kompromisse" weder unbedingt von Dauer noch ewig, und ein entsprechender Druck der öffentlichen Meinung kann - wenn sie in unserem Sinne ist - auch auf diesem Gebiet vieles ändern. Im Interesse einer Normalisierung unserer Beziehungen, im Interesse eines wirklich dauerhaften friedlichen und freundschaftlichen Verhältnisses zwischen unseren Ländern hielte ich das für außerordentlich wichtig.

+

JÜRGEN GIRGENSOHN:

Auch für mich ist die Markierung der Grenze mit der punktierten Linie kein quantitatives Problem. Bitte, nehmen Sie mir das so ab, wie ich es sage: Für mich ist sie kein quantitatives Problem, und ich habe großes Verständnis für den Wunsch der polnischen Seite und sehe auch von der deutschen Seite her die Notwendigkeit zur Veränderung der jetzt getroffenen Regelung.

Aber bitte, sagen Sie nicht, daß es diese punktierte Grenzlinie vor 1970 nicht gegeben habe. Es hat sie ausnahmslos gegeben in deutschen Atlanten, in Schulatlanten. Es hat sogar die unterschiedliche Flächen-einfärbung gegeben: zum Beispiel für das östliche Polen Dunkelblau und für den Teil Polens, der diesseits der punktierten Grenze dargestellt wird, Hellblau. Neuerdings war es sogar zu einer Verschärfung gekommen, und zwar durch den Wunsch Bayerns, die Oder-Neiße-Linie, die polnische Westgrenze also, die in unseren Karten als Staatsgrenze wiedergegeben wird, anders darzustellen als die übrigen Staatsgrenzen.

Wenn Sie sagen, man müsse die öffentliche Meinung hinter sich bringen, so müssen Sie das entsprechend differenziert sehen: Genau wie ich kann sich auch der Kultusminister in Bayern auf "seine" öffentliche Meinung stützen. Für mich besteht das Problem also darin, wie ich in dieser konfliktgeladenen Lage Schrittchen für Schrittchen eine Veränderung der jetzigen Situation erreiche. Ich habe nicht

aufgehört, dafür zu kämpfen; ich sage nicht, daß ich mit dem gefundenen Kompromiß zufrieden wäre, und ich ruhe mich keineswegs auf meinen Lorbeeren aus. Wir müssen weiter an diesem Problem bleiben, aber wir müssen auch seine andere Seite sehen.

Um auf das einzugehen, was Herr Fabian gesagt hat, so hätte ich die Anführungszeichen, die in meinem Redetext sehr wohl enthalten sind, besser mitsprechen sollen: Ich bin mit einer Verniedlichung durch das Wort "Perlenkette" keineswegs einverstanden und spreche daher lieber von einer "punktierten Grenzlinie". Eine Verniedlichung war nicht beabsichtigt.

Wenn wir das Problem auch von der anderen Seite sehen wollen - und da ist das, was Herr Fabian gesagt hat, ungeheuer wichtig -, gibt diese punktierte Grenzlinie sowie die Legende dazu auch die Gelegenheit, im Unterricht mit den Schülerinnen und Schülern in der Bundesrepublik über dieses Problem, seine Entstehung und seine Lösungen zu sprechen. Ich bin sicher, daß das viele unserer Lehrer in den Schulen tun. Sicher mag noch der eine oder andere darunter sein, der sich aufgrund seiner eigenen Lebenserfahrung und seines eigenen Lebensschicksals in solchen Fragen zurückhält. Aber wir haben heute zu 70 Prozent junge Lehrer an unseren Schulen, die sicher auch den neuen Atlas - den wir ja noch gar nicht haben, den wir von den kartographischen Verlagsanstalten erst bekommen sollen - dazu benutzen werden, deutlich zu machen, was der Hintergrund solcher Entwicklungen ist.

So schwer das sein mag und so ungeduldig wir in diesen Fragen sein können, müßte man doch - meine ich - immer noch anerkennen, daß wir, daß alle Bundesländer gemeinsam, wenigstens einen Schritt vorwärts getan haben, Herr Fabian. Und auch aus folgendem Grunde hilft mir die nordrhein-westfälische Lösung so wenig (ganz abgesehen davon, daß wir gegenüber den kartographischen Verlagen diese Lösung ungeheuer schwer durchsetzen konnten und könnten): Wir kaufen nicht jedes Jahr Hunderttausende von Exemplaren. Der Atlas gehört in unseren Schulen zu den Ausleihbüchern, die in der Regel nicht mehr übereignet werden. Der Rückgang der Lernmittelfreiheit, der öffentlichen

Finanzen allgemein, bedrückt den Kultusminister schwer. Aber wenn er 70 Prozent der Schulbücher ausleihen muß, wird auch der Atlas zu dieser Ausleihquote zählen müssen. Da wir ihn nur noch ausleihen können, ist der Markt-Anteil Nordrhein-Westfalens nicht mehr so groß, als daß wir ihn als Druckmittel gegen die Schulbuchverleger, gegen die kartographischen Verlagsanstalten wirksam einsetzen könnten.

Ich muß auch ganz offen sagen, daß Berlin in dieser Frage den harten Kurs Nordrhein-Westfalens niemals mitgemacht hätte, und hinzufügen - und dies auch mit ein wenig Kritik -, daß Bremen und Hamburg in dieser Frage erst aktiv geworden sind, als der Kompromiß schon abgeschlossen war.

Nach wie vor meine ich - und ich möchte hier noch einmal deutlich wiederholen, was ich am Schluß meines Referates gesagt habe -, daß wir auf einem Wege sind, der ungeheuer mühsam ist, eben aufgrund einer Polarisierung in der Bundesrepublik auch in den Fragen, die die Verständigungspolitik angehen. Ich habe dies heute in der Kultusministerkonferenz wieder erleben können, als es um die Frage Friedenserziehung und Anteil der Bundeswehr ging; da werden wir den nächsten Ärger bekommen.

Bei zwei so völlig unterschiedlichen Auffassungen wie in der Grenzfrage bedeutet jeder Schritt vorwärts meiner Ansicht nach einen Schritt zur Verbesserung der Verhältnisse.